

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Müsterisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer General-Vertriebsförderung Streich istjw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpalme Preiszeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpalme Reklamezeile 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbegabe undentlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— M. Das Land, auszüglich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 36

Dienstag, den 24. März 1931

33. Jahrg

Berufsschule.

Die in diesem Jahre berufsschulpflichtig werdenden Personen werden erlucht, sich bis 30. März, in der Stadt-Schreiberei zu melden.

Kemberg, den 23. März 1931.
32] Der Magistrat.

Sonnabend, den 28. März Krammarkt.

Der vorgesehene Schweinemarkt muß infolge Viehseuchengefahr ausfallen.

Kemberg, den 17. März 1931.
33] Der Magistrat.

Die städtische Herberge

soll anderweit vergeben werden
Hausbesitzer, die sie aufnehmen und verwalten wollen, können sich bis 31. März beim Bürgermeister melden.

Kemberg, den 21. März 1931.
34] Der Magistrat.

Donnerstag, den 26. März, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

in Bürgeraal.

Kemberg, den 23. März 1931
35] Der Magistrat

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. März.

Am Reichstag wurde heute die zweite Beratung des Eheertrags beendet. Zum Marinestat nahm lediglich der Kommunist Stöcker das Wort, um u. a. zu erklären, daß es sich bei dem diesjährigen Marinestat nicht nur um die erste Rate für das Panzerschiff B, sondern um einen Plan einer ganzen Serie von Ersatzbauten handele, für die die Sozialdemokraten mit ihrer Haltung die Verantwortung übernehmen. Nachdem man zunächst die zweite Lesung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums zur Durchführung gebracht hatte, wurden die Abstimmungen über den Heeres- und Marineausbau vorgenommen. Zunächst gab der sozialdemokratische Abgeordnete Wels eine Erklärung

ab, um die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zur Panzerbaufrage zu begründen und bekanntzugeben, daß die Fraktion sich bei dieser Abstimmung der Stimme enthalten werde. Das Panzerschiff A sei von einer parlamentarischen Mehrheit gegen die Sozialdemokraten beschlossen worden. Die Sozialdemokratie sei auch gegen das Panzerschiff B und befände sich damit in Übereinstimmung mit Millionen deutscher Volksgenossen, alle bürgerlichen Parteien den Marineforderungen zustimmen, müßten den 220 ablehnenden sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen 357 bürgerliche Stimmen für die Ersatzbauten gegenüberstehen. Durch den Auszug der 151 Abgeordneten der Rechten sei die bürgerliche Mehrheit fünfzig in eine Minderheit verwandelt worden.

Man erwarke von der Ablehnung der Bauvorhaben den Sturz der Regierung und die Berufung einer sachlichen Regierung. Dadurch gelte die Abstimmung über die Schiffsbauten zu einer hypodolitischen Angelegenheit.

(Wärmende Jurufe bei den Komm.) Die Sozialdemokratie wolle aber die Staatsgewalt nicht den falschtlichen und terroristischen Feinden der Demokratie ausliefern. (Lärm und Lachen b. d. Komm.) Denn die Ablehnung durch die Sozialdemokratie würde nur die triumphiierende Mehrheit der Faschisten in den Reichstag heben (Lärmlicher Beifall b. d. Soz. — Wärmende Rundgebungen d. Komm.). Sie werde sich deshalb der Stimme enthalten. (Beifall b. d. Komm. — Händeclaffen b. d. Soz.)

Nach der Rede des Abg. Wels halten die Wärmigen noch eine Zeitlang an. Die Kommunisten rufen im Chor: „Nieder!“, während die Sozialdemokraten mit Beifallsclaffen antworten. Es folgt dann

Die namentliche Abstimmung

über den kommunislichen Mißtrauensantrag gegen den Reichswehminister Groener. Der kommunisliche Abg. Ulbricht, der wiederholt „Ihr Fundsötter“ ruft, wird dabei aus dem Saale gewiesen.

Der Mißtrauensantrag wird mit 295 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Bei der Abstimmung über den Wehrhaushalt selbst wird dann eine Entscheidung angenommen, wonach Angehörige des Reichsheeres und der Reichsmarine nicht als Ersatz für streikende oder ausgeperrte Arbeiter verwendet werden sollen.

In namentlicher Abstimmung wird der kommunisliche

Antrag auf Streichung des Bauplans für Ersatzkriegsschiffe der Reichsmarine für die Zeit bis 1936 mit 290 gegen 62 Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den angeforderten vierten Teilbetrag für das

Panzerschiff A. Die Sozialdemokraten enthalten sich dabei der Stimme. Nur einige Sozialdemokraten, u. a. der Abg. Ströbel, Himmen, mit den Kommunisten gegen die Forderung. Die Rate wird mit 181 gegen 71 Stimmen 108 Enthaltungen bewilligt.

Es wird dann die namentliche Abstimmung über den angeforderten ersten Teilbetrag für das

Panzerschiff „B“ vorgenommen. Der Betrag wird mit 183 gegen 72 Stimmen bei 107 Stimmenthaltungen bewilligt.

Dagegen stimmen die Kommunisten und einige Sozialdemokraten; etwa ein Duzend Sozialdemokraten beteiligen sich überhaupt nicht an der Abstimmung.

Sowohl der Hausbau des Reichsheeres wie der der Reichsmarine ist damit in zweiter Beratung angenommen.

Bei restlichen Abstimmungen zum Haushaltsausbau findet eine Ausschlussentscheidung Annahme, nach der die Regierung dem Antrag der deutschen Flachsinteressen auf Förderung und Umwertung des deutschen Flaches und der damit zusammenhängenden Industrie statgeben oder zumindest in wohlwollender Prüfung darüber eintreten soll.

Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums wird mit einer Rede des

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

eingeleitet. Er weist zunächst darauf hin, daß die Ausgaben des Finanzministeriums im Vergleich zum Jahre 1929 um 10 u. S. der Ausgaben abgesetzt wurden. Auch die Organisation des Ministeriums läßt eine wesentliche Vereinfachung erfahren. Die Beamtenliste des Reichsfinanzministeriums wird vielfach zu Unrecht angegriffen. Das Grobe der Beamten hat seine Pflicht und Schuldigkeit unter schweren Verhältnissen getan. Noch besonders als bisher können wir bei der Einziehung von Steuern nicht vorgehen, wenn nicht die Allgemeinheit geschädigt werden soll. Ich achte die Meinungslosigkeit meiner Beamten, aber andererseits darf ich politisch nicht in einer Form betätigen, die darauf hinausläuft, die Staatsautorität zu zerstören.

Sindlich der Anträge auf neue Steuern und auf Eingriffe in alte Steuern muß ich mich unbedingt ablehnend verhalten. Die Schaffung neuer Steuern erscheint im gegenwärtigen Augenblick besonders gefährlich. Im Augenblick können wir auch nicht auf die Wünsche eingehen, die zur Umsatzsteuer und zur Hauszinssteuer geäußert worden sind.

Der Eingang an Steuern und Zöllen ist leider viel schlechter gewesen, als wir im Dezember schätzen konnten; damals konnte niemand annehmen, daß die Depression so lange anhalten würde.

Wir sind dennoch über die Schwierigkeiten des Minfers hinweggekommen, und ich kann heute auch sagen, daß wir ohne Schwierigkeit über den 1. April hinwegkommen werden.

Wir befinden uns in der Wirtschaftskrise heute im Tal und wissen noch nicht, wann die Linde wieder nach oben gehen wird. Es wäre ein großer Fehler, wenn wir jetzt den Glauben an einen Wiederaufstieg aufgeben würden.

Von der Deutschen Volkspartei ist inzwischen eine Entscheidung eingegangen, in der die Regierung erlucht wird, die Erhebung der Umsatzsteuer für einjährige Räume, für welche eine Umsatzsteuer bis zum 1. 1. 1929 nicht erhoben worden ist, sowie die Rechtsmittelverfahren, die sich gegen die Veranlagung der Umsatzsteuer für die Zeit nach dem 1. 1. 1929 richten, auszulassen, bis der Reichstag über die vorliegenden Änderungsanträge zum Umsatzsteuergesetz entschieden hat.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus verläßt sich auf Sonnabend, 12 Uhr: Fortsetzung der Haushaltsberatung; Änderung des Lichtpflanzgesetzes.

Worte des Gedankens von Brüning und Löbe.

Berlin, 21. März.

Der Reichstag trat um 12 Uhr zur Trauer Sitzung für den verstorbenen Reichsfinanzminister A. D. Sermann Müller zusammen. An den Regierungssitzungen waren Reichsfinanzminister Brüning und die anderen Mitglieder des Reichsfinanzministeriums erschienen. Die Kommunisten hatten sich nicht eingeladen. Auf dem Bloke des Verstorbenen stand ein großer Strauß weißer Blumen, daneben lagen unflorierte Kränze.

Während die Anwesenden sich von den Plätzen erheben, hält dann Präsident Löbe die Gedenkrede.

Er erinnert daran, daß der Verstorbene noch vor zwei Wochen im Reichstage den parlamentarischen Verfahren nachgegangen sei. Das Bild der Beruflichkeit des Dahingegangenen und seines Lebens steht klar und rein vor jedem Auge. Er habe zu jenem engsten Kreis von Menschen gehört, denen nach der politischen Umwälzung in Deutschland ein hohes Maß von Verantwortung auf die Schultern gelegt worden sei. So wenig er nach den neuen Verhältnissen getrebt habe, so wenig sei er gewillt gewesen, die Verantwortung in Dienste der Allgemeinheit nicht auf sich zu

nehmen. Als Mitglied der ersten zentralen Körperkassen der Republik hat der Verstorbene, wie der Präsident weiter hervorhob, seine ganzen Kräfte eingesetzt, zunächst in der Weimarer Nationalversammlung. So wurde er der Mitarbeiter der neuen Verfassung, Als aus dem Diktat von Verfassungen aufgestellt wurde, fiel ihm die nicht unerhebliche Pflicht zu, die Gegenzeichnung zu übernehmen. Er nahm diese bittere Pflicht des deutschen Außenministers auf sich und hat dafür die Schmähungen getragen, die nach ihm und neben ihm mancher deutsche Außenminister hat erdulden müssen. Es blieb ihm die Genugtuung, an erster Stelle mitzuwirken bei der Räumung des Rheinlandes, bei der Errichtung der Reparationskommission. Was Hermann Müller als Abgeordneter und Parteiführer, als Minister und als Reichsfinanzminister für unser Land und unser Volk geleistet, das ist eingetragen in das Buch der deutschen Geschichte der Nachkriegszeit. Es ist in diesen Zeiten notwendig, darauf hinzuweisen, daß er in langer Arbeit nichts ermorben hat, als das Gefühl erfüllter Pflicht, die wo viele, denen über Nachrede anderer zugeschrieben hat. Dieses Haus das deutsche Volk hat einen treueren Diener verloren, wir, die wir uns innerlich enger an ihn geföhrt fühlten, einen guten Kameraden, einen unerleßlichen Freund, dessen Andenken bei uns nie erlischt.

Reichsfinanzminister Dr. Brüning

gedenkt im Namen der Reichsregierung des Verstorbenen in Achtung und Dankbarkeit. Das deutsche Volk führt der Reichsfinanzminister fort, hat in ihm einen seiner Besten verloren. Als Mensch ein maßvoller, ehrenhaft Charakter, gewissenhaft und zuverlässig, auch von seinen politischen Gegnern geachtet, als Politiker und Staatsmann in ganz jungen Jahren in den Brennpunkt der Ereignisse gerückt, war er in der Lage, sich eine politische Erfahrung zu sammeln, die ihm befähigte, in den schwersten Augenblicken der deutschen Geschichte an führender Stelle zu stehen. Als Außenminister im Jahre 1919 in den schwerlichsten Zeiten der Nachkriegszeit und als Reichsfinanzminister im Frühjahr 1920 bei den tragischen deutschen Vermittlungen hat er sein Bestes hingebend. In aller Erinnerung liegt ihm seine letzte Periode als deutscher Reichsfinanzminister in den Jahren 1928 bis 1930. Unvergleichlich ist unerschöpflich sein Verstand des Reiches in Genf, wo er ritterlich und erfindend die Verantwortung übernahm, für den erkrankten Außenminister einzutreten, und wo er in mutigen und unerschöpflichen Worten das Recht Deutschlands auf Gleichheit und Sicherheit vortradete. Sein Name ist auch unerschöpflich in die Geschichte eingegangen, weil er das schwere Opfer gebracht hat, das Diktat von Versailles, das so schwer auf unserem Volke lastet, zu unterschreiben. Er steht vor unserem Gedächtnis als ein Mann von fäestlichem niederländischen Handeln, und wird lo in den Herzen unseres Volkes in dankbarer Erinnerung bleiben.

Zum Zeichen der Trauer wird die Sitzung auf Vorschlag des Präsidenten für kurze Zeit unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird die Ausprache zum

Haushalt des Reichsfinanzministeriums

fortgesetzt.

Abg. Dr. Beth (Soz.) widerspricht der Ansicht des Ministers, daß es sich bei den Wehrverboten über das politische Verhalten des Reichsfinanzministeriums nur um Einzelfälle handele. Der nächsten Zukunft könne man nur mit schwerer Sorge entgegensehen. Die Lage sei am schwierigsten für die Gemeinden, auf deren Kosten das Reich seine Sanierung vornehmen wolle. Dringend erforderlich sei die organisierte Zusammenfassung der Stellenfürsorge der Gemeinden. Durch die Kürzung der Überweisungen an Städte und Gemeinden sei die Arbeitslosigkeit gewaltig gestiegen worden. Der Steuerdruck lasse am stärksten auf den Armen betrieblern, die diesen Druck geduldig hinnehmen, während diejenigen dauernd klagen, die im Besitz und auch steuerlich weit günstiger gestellt seien. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) macht den Sozialdemokraten Vorwurf, daß sie mit der Ablehnung der kommunislichen Anträge ihre früher verkündeten Grundzüge verleugerten.

Abg. Dr. Brüning (Republ.) hebt in der Hauszinssteuer eines der größten Vermisse für eine wirksame, fortwährende Besserung unserer Gesamtwirtschaft.

Abg. Schumann-Thüringen (Komm.) begründet einen Antrag auf Senkung der Wohnzinssteuer um 20 v. S.

Damit ist die zweite Lesung sämtlicher Haushaltspläne beendet. Die Abstimmungen über den kommunislichen Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister, und über die Steuererhöhungen und Steuerentzuges werden auf Montag vertagt.

Angenommen wird eine Entschiedenheit, die Abschluß der Verträge über Fortzahlung der Vollzeitsoldatenzahlungen dafür zu sorgen, daß kein Anspruch darauf an solche Länder erwacht wird, die Angehörige von Parteien, die mit oder ohne ausdrückliche Billigung ihrer obersten Führung den gesamtlichen Umsturz propagieren, in die Schutzpolizei aufnehmen oder zu Vorbegehern der Schutzpolizei machen.

Bei der Abstimmung über das Haushaltsgesetz enthält sich die Deutsche Volkspartei der Stimme, weil, wie Abg. Krensch (DBP) erklärt, die Entscheidung über den Sparvermögensantrag der Partei noch nicht gefallen sei.

Deutschlands Alleinschuld widerlegt.

Frankreich wollte schon 1912 in Belgien einmarschieren.

Paris, 21. März.

Die Wochenchrift „L'Europe Nouvelle“ veröffentlichte in dem fünften Band der französischen Kriegsgerichtsprotokolle, die die Zeit vom 8. Februar bis 10. Mai 1912 behandelte. Die Veröffentlichung erstreckt sich nicht nur auf die Frage des Eindringens von der Rheinseite Deutschlands am Westbrennen, sondern stellt sie direkt aus. Sie beweist unzweifelhaft, daß Frankreich bereits im Jahre 1912 an einen Durchbruch französischer Truppen durch Belgien dachte, auch wenn ein offener Kriegszustand zwischen Frankreich und Deutschland nicht bestand, sondern das Reich nur seine Truppen in der Gegend von Aachen zusammenziehen wollte.

Am 8. Februar 1912 begab sich der englische Kriegsminister nach Berlin, um mit Beckmann-Bejowicz und Sir Arthur D'Almeida Lyttelton über die gegenseitige Einschränkung der Rüstungsleistungen zu verhandeln. Die tschechische Regierung verlangte von England als Gegenleistung für die Einwilligung in ein derartiges Abkommen eine Neutralitätserklärung für den Fall, daß Deutschland in einen Konflikt mit einem anderen Staat geraten würde. Außenminister Boincaire setzte sich kurz darauf mit dem britischen Botschafter in London, Sir H. Curzon, über diese Angelegenheit in Verbindung und teilte ihm mit, daß der britische Botschafter in Paris, Sir Bertie, gehabt habe, in der dieser ihm seine Befürchtungen im Zusammenhang mit den deutsch-englischen Verhandlungen mitteilte. Bertie habe ihm erklärt, daß, wenn die englische Regierung sich auch geweiht habe, die Neutralitätserklärung abzugeben, die Angelegenheit doch nicht als erledigt betrachtet werden könne. Boincaire mußte auf diese Worte verzichten, indem er die Neutralitätserklärung abgeben wurde, denn niemand könne garantieren, daß Frankreich durch die Mobilisierung des deutschen Heeres nicht herausgefordert und gezwungen werde, die Offensive zu ergreifen. Boincaire fügte dieser Weisung die Erklärung Boincaires mit folgendem Inhalt hinzu:

„Ich bitte Sie daher, die Besprechung der Frage ungetrübt von dem britischen Außenminister aufzunehmen, ohne natürlich dabei die mir gemachte Erklärung Berties zu erwähnen. Es kommt in der Hauptsache darauf an, daß England sich nicht verpflichtet, zwischen Frankreich und Deutschland neutral zu bleiben, selbst dann nicht, wenn der Angriff von unserer Seite auszugehen scheint. Am nur ein Beispiel zu nennen: Könnte man uns legitimere Rechte als die Besatzung von Aachen auf die deutsche Seite zurechnen, dann müßte auf diese Rechte ein deutsches Truppenaufmarschieren in der Gegend von Aachen aus demselben Grunde als notwendig zu schätzen, indem wir auf belgisches Gebiet vordringen?“

Zusätzlich haben wir uns im Vertrauen auf die englische Ehrlichkeit und ohne daß ein schriftliches Abkommen die Handlungsfreiheit der beiden Regierungen einschränkt, dazu bereit erklärt, daß unter Generalfeldmarschall mit den englischen in geheime Verhandlungen eintritt, um ihn über die wichtigsten Punkte unserer strategischen Pläne zu unterrichten.

Eine eindeutige Erklärung über die wahren Absichten Frankreichs bereits zwei Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges und eine bessere Befähigung der deutschen Truppe von dem festen Willen Frankreichs, ungeachtet der angeblichen belgischen Neutralität seine Truppen durch belgisches Gebiet gegen Deutschland zu schicken, kann man wohl kaum verlangen.

Boincaire wünschte ferner Aufklärung über die Bedeutung der englischen Neutralität, seinen Angriff zu unternehmen, ohne herausgefordert zu werden.“ Curzon forderte daher den französischen Geschäftsträger in London, Fleuriau, auf, in Abwesenheit des englischen Außenministers bei dem Unterstaatssekretär im Foreign Office, Nicolson, darauf zu dringen, daß englischerseits nichts unternommen werde, bevor Frankreich nicht genaue Aufklärung über die wahre Bedeutung der oben angeführten Erklärung erhalten habe. Am 12. April unterzeichnete der Unterstaatssekretär im Foreign Office den französischen Geschäftsträger von dem englischen Schatzern der deutsch-deutschen Besprechung. Fleuriau teilte dies sofort dem französischen Außenminister und sagte ihm, daß der britische Unterstaatssekretär seiner Freundschaft über den Abbruch der Besprechung Ausdrück gegeben habe.

Zur gleichen Zeit zeigte sich Boincaire über die Initiative der englischen Neutralität beunruhigt und befürchtete insbesondere, daß das ruffisch-französische Bündnis Frankreich dazu zwingen könnte, in eine russische kriegerische Handlung im Orient verwickelt zu werden, woran Frankreich natürlich kein Interesse hatte.

In einer Erklärung Boincaires wurde unambiguously zum

Ausdruck gebracht, daß ein ruffisch-französisches Bündnis ein ausgeprochenes Offensivbündnis gegen Deutschland darstelle, was auch durch die Ereignisse bewiesen worden ist. Er, Boincaire, habe dem ruffischen Botschafter den Standpunkt der französischen Regierung ins Gedächtnis zurückgerufen und erklärt:

„Ein großes nationales Interesse, wie eine neue Regelung der Frage, die seit 1870 Deutschland und Frankreich trennte, würde allen bedeutungslos genug sein, um in den Augen des französischen Volkes Verfassungen zu verletzen, die eine militärische Aktion zur Folge haben, in die die Großmächte ihr der Reihe nach hineingezogen sehen könnten und die infolgedessen unsere vollen Kräfte in Anspruch nehmen könnten.“

Diese Erklärung beweist also, daß Frankreich schon damals einen deutsch-französischen Krieg zur Wiedereroberung des Elbs bei Jüliche und diesen Eroberungskrieg sogar als das einzige Ziel seiner Bündnispolitik betrachtete.

Ein Schritt zum Anschluß.

Technische Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich.

Wien, 21. März.

Die Anschließungsverhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und der österreichischen Republik, die anlässlich der Wiener Reise Dr. Curtius' begonnen wurden, haben zu einem endgültigen Ergebnis geführt. Voraussichtlich am Montagabend wird ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der österreichischen Republik veröffentlicht werden, das die Herstellung einer technischen Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich vorsieht.

Das Abkommen, das unter Führung der Bestimmungen des Verlaßer Vertrages, des Vertrages von St. Germain und der sonstigen internationalen Abmachungen geschlossen wurde, sieht vor, daß Zölle im Warenverkehr zwischen dem Deutschen Reich und der österreichischen Republik in Zukunft grundsätzlich nicht mehr erhoben werden sollen, mit Ausnahme gewisser Holzwaren für deutsche Waren, die Oesterreich für eine kurze Übergangszeit weiterheben darf. Dies hat den Zweck, die Angleichung der österreichischen Wirtschaft an die reichsdeutschen Verhältnisse zu erleichtern. Im übrigen wird von reichsdeutscher Seite aus an der österreichischen Grenze nach Inkrafttreten des Abkommens kein Zoll mehr erhoben werden. Folgebündnisse zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich der einen Seite und anderen Mächten werden in Zukunft von den beiden Mächten in enger Gemeinschaft, gegebenenfalls sogar gemeinsam, geführt werden.

Von österreichischer Seite wird betont, daß sich die Abmachungen im Rahmen der Ideen des paneuropäischen Komites halten, das bekanntlich wirtschaftliche Zusammenhänge zwischen Einkaisern als Vorbereitung einer paneuropäischen Zollunion vorzuschlagen hat. Es wird weiter betont, daß die Zollunion, die sich durch den Beitritt der österreichischen Zollunion zum Deutschen Reich und Oesterreich zum Zeitpunkt der gezeigten Union, diese Ideen zu verwirklichen. Zugleich wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß auch weitere Schritte sich diesem Abkommen anschließen werden. Das Abkommen soll am Montag oder Dienstag nächster Woche sämtlichen Mächten notifiziert werden.

Trauer um Hermann Müller.

Die Tragödie des Reichstags auf halbemast.

Berlin, 21. März.

Die Kundgebung, mit der der Deutsche Reichstag am Hermann Müller Abchied nahm, war das eindrucksvollste, aber doch nur eines der jüngsten für die Schwere des Verlustes, den das politische Leben Deutschlands durch den Hinschied des hochbetagtesten Führers erlitten hat. Die Worte des Reichstagspräsidenten Lohs und des Reichstagspräsidenten Brüning haben in knapper Form, aber in ergreifender Prägnanz den Wert des Volkstüters und Parlamentärs nicht einmal hervorgehoben, und unter den zahllosen Beileidsäußerungen, die den Angehörigen und der Partei des Verstorbenen zugegangen sind und noch dauernd zufließen, ist das handschriftliche des Reichspräsidenten ein Bekenntnis von besonderem Wert durch die herliche Art, in der die Erinnerung der heroischen Charaktereigenschaften Müllers und seiner beherrschenden Wirkung auf die Gestaltung der politischen Geschichte gedenkt. Der Reichspräsident hat damit an die Eigenschaft gerührt, die Hermann Müller ganz besonders auszeichnete, seine große Befähigung, ausgleichend zu wirken dadurch, daß es ihm überall gelang, Vertrauen in seine Person und in die Lauterkeit und Objektivität seiner Absichten zu erwerben. Er, der von Natur aus wohl nicht zum Kämpfer bestimmt war, hat gewiß in kritischen Stunden unerschrocken und mit höchster Tapferkeit seine Ueber-

zeugung und eine Person eingeleitet, er hat aber auch das Schwere und weniger bankbare Wort nicht gelassen, das in dem jahren Ringen um Ausgleich, um das Zusammenbringen der Gegner, um das Brücken schlagen und um die Vertiefung der einmal gewonnenen Verständigung liegt, und das unter der Anwesenheit der beiden ersten Präsidenten der Deutschen Republik so oft bitter nötig wurde. Durch diese Tätigkeit war durch die Weite seines politischen Blicks ist Hermann Müller aus seiner Partei herausgewachsen, und auch das Bürgertum ist ihm für mehr als eine seiner Leistungen zu dank verpflichtet.

Stahlhelm republikanisch?

Polemik zwischen preußischer Regierung und Stahlhelm.

Berlin, 21. März.

In Weiterführung der gegenwärtigen öffentlichen Polemik zwischen der preußischen Regierung und dem Stahlhelm um die Frage, ob der Stahlhelm bei seiner Gründung republikanisch gewesen sei und nun einen Kurswechsel vorgenommen habe oder nicht, beruft sich eine Veröffentlichung des Amtlichen Preussischen Presbiedienstes auf die amtliche Antwort der Bundesleitung, die besagt, daß der Stahlhelm vom ersten Tage an einen der schärfsten Kritiker dieser Republik gewesen sei, und fortzufuhr:

„Der Stahlhelm hat sich niemals auf den Boden der republikanischen Staatsform gestellt, und konnte das bei seiner Gründung schon deshalb nicht tun, weil damals im Dezember 1918 eine Staatsform überhaupt nicht vorhanden war, sondern lediglich ein Chaos.“

Dieser Erklärung stellt der Amtliche Preussische Presbiedienst unter Hinweis auf das oftentart im Amt der Bundesleitung herrschende „Chaos“ eines der Gründungsmitglieder des Landeburger Stahlhelms gegenüber, das ausdrücklich belagelt:

„Wir stellen uns rücksichtslos auf den Boden der neuen Zeit für die Regierung und treten mit allen Kräften für sie ein! Wir bekennen uns zur republikanischen Staatsform! Wir lehnen jede Form der Kaiserherrschaft oder Diktatur ab, denn sie vertieft die Spaltung der Nation, in der wir die Ursache alles Uebels sehen. Wir, die wir den Krieg jahrelang kennenlernten, wir erleben dauernden Frieden und verdammen und verwerfen jeden Vorkriegs. Aber wir glauben der Menschheit am besten dienen zu können, als treue Söhne unseres Volkes.“

Das Bundesamt des Stahlhelms antwortet hierauf mit einer Gegenklärung, in der es heißt, der Umstand, daß der preussische Ministerpräsident persönlich bereits im Landtage Antwort der Bundesleitung, die besagt, daß der Stahlhelm Preussische Presbiedienst zur weiteren Verbreitung benutze, beweise zur Genüge, daß er mit seinem historischen Fund einen über die rote Parteipropaganda hinausgehenden durchsichtigen politischen Zweck verfolge. Zur Sache selbst bemerkt der Stahlhelm u. a.: der Text entstand vor etwa 13 Jahren, also zu einer Zeit, als auch gute Deutsche den Verhängnis der Sozialdemokratie noch Glauben schenken konnten. Das ist die unheilvolle Rolle, die die Partei des preussischen Ministerpräsidenten hinter den Fronten des kämpfenden Heeres spielte, allerdings noch nicht bekannt geworden und auch der rote Verrat im Osten noch nicht rühbar gewesen. Darum habe sich 1918 der Stahlhelm in einem programmatischen Flugblatt geäußert:

„Wir, die ruffenständige Mannschaft Deutschlands, die wir im Felde abgeben und die schweren Lasten getragen haben, wollen am Aufbau des neuen Reiches unseren gebührenden Anteil haben, wollen, daß aus dem Reiben der Krieger die künftigen Führer des neuen Deutschland gewählt werden.“

Die Enttäuschung habe nicht lange auf sich warten lassen, die berechtigten nationalen Forderungen des Stahlhelms seien niemals erfüllt worden. Die roten Freunde des deutschen Volkes hätten sich nur allzu bald als Vertreter der roten Kaiserherrschafft entpuppt, in deren Reihen selbst allgemeingültige Moralbegriffe im Bewußtsein plötzlich überkommene Macht bis auf den heutigen Tag noch nicht ganz gefährt seien. Da sich der Stahlhelm aber, der stets für den menschlichen Fortschritt auch in ständischer Beziehung eingetreten ist, an diesem öffentlichen Verfall nicht habe schuldig machen können, habe er attpfeuhliche Tradition, das Pflichtbewußtsein und die Liebe zu Volk und Vaterland dem entgegengekehrt. Die Veröffentlichungen des preussischen Ministerpräsidenten zeigen also mit klugungsloser Klarheit den Mißbrauch des Vertrauens der Frontkämpfer durch die SPD.

UNSICHTBARE FESSELN

Roman von Jos. Schade-Hädicke, 10. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Das Unmögliche ist gar nicht unmöglich.“ Das hoffentlich nicht verfallener? fragte Frau Krüsch, als Maria mit erstem Gesicht zu den beiden Betern ins Zimmer trat, und seine guten Augen blinzen sie bestoht an.

Sie lächelte ihm dankbar zu. „Ich glaube nicht, hoffe vielmehr, daß alle Menschen wieder frisch und munter ist, die Ruhe wird ihr tun.“

„Ist sie in später Stunde aufwachen, schieben sie wie gute Freunde.“

Der Landrat hatte den Gast bis an die Gartenterrasse begleitet und Maria benutzte den Augenblick, um das Gartenzimmer, in dem sie den Abend verbracht hatten, zu verlassen, ohne sich von dem Landrat zu verabschieden. Er lächelte eigentümlich, als er sie bei seiner Rückkehr nicht mehr vorfand.

IV.

Maria wollte nun mehrere Wochen im Hause des Landrats. Sie hatte sich an die stets wechselnden Rahmen Ziele gewöhnt und erzielte dieselben mit beispielvoller Geduld. Auch der Landrat behandelte seine Frau mit größter Rücksichtnahme, ohne daß sie jedoch irgendwelche Notiz davon nahm.

In der nächsten Tagen hatte Maria noch oft Gelegenheit, sich über das veränderliche Wesen ihres Mannes zu wundern, die auf ihre Unwissenheit nicht die mindeste Rücksicht nahm. Nach und nach gewöhnte sie sich aber daran, diese Launen zu ignorieren, die es auch der Landrat tat.

Dieser kam Maria nach wie vor mit größter Lebensmühseligkeit entgegen, ohne daß sie jedoch recht zu tun zu ihm zu fallen vermochte. Er lenkte Maria's Aufmerksamkeit mehr auf sich, als er sonst zu tun pflegte, doch Maria mußte den unheimlichen Eindruck, den sie dabei von ihm empfangen hatte, noch immer nicht zu überwinden.

Wiederholt hatte der Landrat schon versucht, sie wieder zu einem gemeinhin Spaziergang zu veranlassen, doch sie war ihm stets geflüht ausgemieden. Zwar wußte sie, daß er heimlich über sie lächeln würde, und fühlte auch selbst, daß sie sich wie ein Schuldbildchen benahm, und doch war etwas in ihr, das sie zu jeder Zurückhaltung zwang.

Das Wetter war immer noch furchtbar schön. Die Sonne brannte unheimlich auf die ausgedörrten Wege und die nach erquidendem Regen leuchtenden Bäume und Sträucher herab.

Der großen Hitze wegen hielten sich die Damen tagsüber meist im Hause auf; erst bei kühlerer Abend fand sie im Garten oder auf der Terrasse, wo sich der Landrat fast regelmäßig zu ihnen stellte.

Alle pflügte den größten Teil des Tages im Schautstuhl oder auf der Chaiselongue zu verbringen. In den ersten Tagen hatte Maria es versucht, sich im Hause nützlich zu machen. Bald aber gab sie diesen Versuch wieder auf, da sie sah, daß es für sie tatsächlich nichts zu tun gab und der ganze Hausstand bei der ständigen gütlichen Diensthilfen ihre Organisation war und wie ein gutgeöltes Uhrwerk tadellos funktionierte. So gab sie sich denn schließlich auch dem süßen Zauber des Nichtstuns in Wohlleben und Ueberfluß hin.

Von kindheit an mit den Ansprüchen einer großen Dame erzo-gen, hatte sie sich in den letzten Jahren manches verlernen müssen, da nach dem, was sie vor einmal die Welt der Mutter nur ein kleines Vermögen zurückließ, von dessen Zinsen sie bei mäßigen Ansprüchen eben leben konnte. Nun hatte die schwere Krankheit der Mutter und dann der Todesfall auch noch einen Teil des Kapitals verschlungen.

Die Schicksalsschläge der letzten Jahre hatten Maria gelehrt, selbständig zu denken und zu handeln. Ihre Mutter und ihre Vorgängerin hatten sie in der Mänscher Gesellschaft bewahrt, geistig und körperlich vollständig zusammengebrochen, so daß das junge Mädchen gezwungen war, mit letzter Hand die Lösung der Schicksalsfrage zu betreiben und für beide die Zukunft zu regeln.

Nach dem Tode der Mutter, der Maria durchnus nicht unvorbereitet traf, hatte sie die Absicht gehabt, mit dem ihr verbliebenen Kapital in eine fremde große Stadt zu übersiedeln — München hatte sie aus mancherlei Gründen nicht in Betracht gezogen — und dort ihre Fertigkeit in der Kunst und Malerei weiter auszubilden, um damit später ihr Brot zu verdienen. Da war plötzlich in ihre Pläne hinein die Einladung ihres Gemahls gekommen, und sie hatte die Verbindung nicht widerstehen können, sich eine Weile auszugeben, ehe sie den schweren und ungewohnten Lebensstump aufnahm. Ihre vorgefaßten Pläne und Absichten hatte sie darum jedoch keineswegs aufgegeben, sondern nur deren Ausführung hinausgeschoben. Zu ihr sprach sie allerdings nicht mehr davon, denn diese hatte es sich jetzt in den Kopf gesetzt, die Freundin nie mehr von sich zu lassen.

Maria hatte bald eingesehen, daß es für ihres Bestehen nicht zuträglich und ein großer Fehler war, ohne jede regelmäßige Beschäftigung zu leben, selbst das Klavier zu spielen, in dem sie einmal recht Sittliches leistete, hatte sie ausgegeben. Vergebens jedoch versuchte Maria, ihr irgend etwas des Interesses ihres zu werden.

„Wann?“ entgegnete diese stets mit milder Stimme

„Gines ist zu froh, was das andere.“

„Du fühlst so viel Gutes tun mit deinem Gelbe,“ sagte Maria eines Tages, als sie wieder einmal im Schautstuhl lag und über die schreckliche Langeweile bei der Hitze, wo man nicht einmal irgendwelchen Sport treiben konnte, jammerte. „Es gibt gewiß eine Menge Aere in der Stadt und in der nächsten Umgebung. Wie wäre es denn, wenn wir uns einmal mit Doktor Krüsch dorthin in der Verbindung letzten uns uns persönlich um die Armen kümmern?“

„Wenn es dir Spaß macht, tue es,“ entgegnete sie trocken. „Die Mittel haben dir zur Verfügung; aber mich selbst verführe damit; ich habe wirklich keine Anlagen dazu, die heilige Elisabeth zu imiten.“

„Du brauchst dann aber gewiß nicht mehr über Langeweile zu klagern,“ verärgerte Maria noch einmal, sie für diesen Plan zu gewinnen.

Doch diese sagte fast lässig: „Du mir die Ziehe und hör auf; ich mag tiehe strahlen sehen.“ (Zöth; folgt.)

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 23. März 1931

* Die Auszahlung der Militärrenten findet bereits am Sonnabend, den 28. März statt.

* **Warnung vor einem Schwindler.** In letzter Zeit ist im Landkreis Wittenberg ein Händler namens Gustav Leuner, geb. am 27. 1. 1890 zu Schöningen, Kr. Helmstedt, wohnhaft in Bergwitz, als Reisender der Firma R. Steiger in Magdeburg aufgetreten, obgleich er nicht mehr berechtigt ist, für diese Firma tätig zu sein. Leuner treibt Wandergewerbe ohne im Besitze eines Wandergewerbescheines zu sein und sucht Bestellungen auf Malzextrakt, sowie hauptsächlich auf empfängnisverhütende und Vorbeugungsmittel. Falls Bestellungen erfolgen, fertigt er einen Bestellchein der obgenannten Firma aus, sichert eine kurze Lieferfrist zu und läßt sich den Rechnungsbetrag unter Rabattgewährung voll auszahlen, ohne an eine Lieferung der Waren zu denken, macht sich also des Betruges nach § 263 Str. G. B. schuldig. Ich warne hiermit alle Kreisangehörige vor dem Händler Leuner, der seit dem 6. Februar 1931 seine Wohnung in Bergwitz mit unbekanntem Ziele verlassen hat, und bitte um sofortige Anzeigenerstattung bei der zuständigen Polizeibehörde, falls Leuner auch weiterhin verhaftet sollte, als Reisender aufzutreten.

Esp **Das neue Gesangbuch ist erschienen.** In einer sehr geschmackvollen und würdigen Ausstattung liegt das neue Gesangbuch für die Provinz Sachsen und Anhalt nunmehr vor. Der Druck zeichnet sich durch seine Lesbarkeit aus, die Kopfstellen und eingetragene Bilder geben dem Buch eine heimatliche Note. Über zahlreiche bekannte Melodien erscheinen zum ersten Male, auch solche aus der neuesten Zeit. Bekanntlich zerfällt das Gesangbuch in zwei Teile, einen allgemeinen (Nr. 1—342), in dem solche Lieder geboten werden, die in ganz Deutschland bekannt sind, und einen provinziellen (Nr. 343—595), in dem auf die besonderen Verhältnisse in der Provinz Sachsen und Anhalt Rücksicht genommen wird. Unter den Liedern dieses Teiles befinden sich, was ebenfalls bemerkenswert ist, eine ganze Anzahl sogenannter geistlicher Volkslieder, unter anderem die bekannten deutschen Wehrmachtlieder. Die Einführung des neuen Gesangbuches ist auf Sonntag Palmsonntag festgesetzt worden. Es ist zu wünschen, daß es sich bald in allen Gemeinden der Provinz Sachsen und Anhalts einbürgert.

* **Auswahlprüfung für den Antrag auf Eintragung der Zuweisung ins Grundbuch.** Die Gläubiger einer Hypothek, Grundschulden, Rentenschulden und Realoffen, die nach dem Aufwertungsgezet aufgewertet sind, für welche die Eintragung der Zuweisung ins Grundbuch oder noch nicht beantragt ist (§ 3, 2 von noch eingetragenen Papiermarken, gelöst, infolge Vorbehalts der Rückzahlung aufgewerteten Aktien, abgetreten, für den früheren Gläubiger aufgewerteten Aktien, haben am Antrag auf Eintragung der Zuweisung des Rechts spätestens bis zum Ablauf des 31. März 1931 bei dem zuständigen Grundbuchamt zu stellen. Wird der Antrag nicht rechtzeitig gestellt, so erlischt das aufgewertete Recht am Grundbuch; löst es sich noch im Grundbuch eingetragen ist, wird es von Amts wegen gelöscht. Nähere Auskunft erteilen die Grundbuchämter.

Delitzsch, 18. März. Mangel an Schuhen berechtigt zur Schulverweigerung. Ein hiesiger Arbeiter hatte einen Strafbefehl über 3 M. Markt erhalten, weil er seinen Jungen nicht zur Schule geschickt hatte. Der Arbeiter beantragte gerichtliche Entscheidung. In der Verhandlung führte er zu seiner Verteidigung an, daß er für seinen Sohn kein Schuhwerk habe, und daß dieser deshalb nicht in die Schule gehen könne. Das Gericht sprach daraufhin den Arbeiter frei. Nunmehr hat der Junge vom Wohlfahrtsamt Schuhe bekommen und geht auch wieder zur Schule.

Torgau. Auf Anregung des Merseburger Regierungspräsidenten nach Vernehmung die Frage ventiliert, das bakteriologische Institut der Höchster Fabrik in Torgau, das aufgelöst wird, nach Torgau zu übernehmen, um es den Landwirten der Kreise Torgau, Schmewitz, Wittenberga und Wittenberg zu erhalten. Die Kosten der Übernahme hätten sich auf rund 100 000 M. belaufen, eine Summe, die die interessierten Kreise anteilig hätten übernehmen müssen. Der Kreis Wittenberga erklärte seine Bereitwilligkeit für die beiden ersten Jahre, während der Kreis Herzberg ablehnte. Da zudem auch die Verhandlungen mit dem J. G. Farnen verhandelt, gelten die Bemühungen in dieser Angelegenheit als vorläufig gescheitert.

Frensburg (Anhalt). Nicht beschäftigt. — Stadtratsordnungsreferent Schöle teilt in der letzten Stadtratsordnungsung mit, daß die Regierung in Merseburg der Wiederherstellung des Bezugsordnenes Flemming die Bestätigung verweigert habe. Beim Minister des Innern soll die Bestätigung der Wahl beantragt werden und die Regierung um Zustimmung über ihre Weigerung gebeten werden.

Merseburg. In der vierten Vollversammlung des Provinzialtages, die am Freitag, den 14. März begann, wurde zunächst die Ausweisung über den Etat vortier festgestellt.

Nach vierstündiger Sitzungsbauer, also gegen 18 Uhr, war die erste Redneragitration erschienen. Es ergab sich danach das Bild, daß die Nationalsozialisten und Kommunisten des vorgelagerten Elstertal ablehnen werden, die Deutschlandslone ihre endgültige Entscheidung bis zur zweiten Sitzung am Sonnabend vorbehalten, während S. D., Landvolk, Zentrum, Volkspartei, Sozialdemokrat, teilweise unter Stellung kleiner Änderungsanträge dem Haushalt ihre Zustimmung und genehmigen werden, womit seine Annahme gesichert erscheint.

Ein dreifler Betrüger.

Halle. Das Schöffengericht verurteilte am Donnerstag den bereits zwölf mal vorbestraften Journalisten Erich Küster aus Freyburg wegen Betrugs in mehreren Fällen und schürmer Diebstahls zu zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von sechs Monaten Untersuchungshaft. Küster trat in verschiedenen großen Städten Mitteldeutschlands, so in Erfurt, Gotha, Halle und Leipzig unter dem Namen Hans Dieter von Brebow auf und bezog Privatpensionen und erhaltliche Posten, um nach einiger Zeit ohne Weiteres die Mittel zu verabschweigen. In Leipzig erzielte ihm sein Schicksal. Er wurde verhaftet und in der Anrechnung des Leipziger Gefängnisses untergebracht. Hier unternahm er drei Selbstmordversuche und verschickte außerdem drei Briefstücke.

Desau. Für das selbstgegebene zweits Auflösung des Landtags sind rund 10 000 Eintragungen erfolgt. Es wird nunmehr der offizielle Antrag an das Staatsministerium auf Einleitung des Bescheidens eingeleitet werden.

Frankleben (Kr. Merseburg). Ein euer Botschaft! Das Stahl- und Eisenwerk Frankleben hatte vorerfolgt Aufstellungsantrag gestellt. Vom Ende des Monats ab sollte der Betrieb ruhen. Die Stilllegung des Werks konnte aber, wie wir erfahren, vermieden werden. Der Betrieb wird in uneingeschränktem Umfang weitergeführt werden. Die Tatsache ist volkswirtschaftlicher Hinsicht zu begrüßen.

Eilenburg. 50 000 Mark Staatszuschuß. — Der Stadt Eilenburg ist vom preussischen Innenminister ein einmaliger Zuschuß in Höhe von 50 000 Mark bewilligt worden. Diese Summe reicht jedoch bei weitem nicht zur Deckung des Fehlbetrages aus, der sich am Ende des laufenden Rechnungsjahres auf etwa 400 000 Mark belaufen wird. Mit den 50 000 Mark, dem Ertrag der Poststeuern, sowie durch Zurückstellung im Etat bereitgestellter Ausgaben dürfte etwa ein Drittel des Defizits abgedeckt werden. Die restlichen zwei Drittel wird sich die Stadt vielleicht auf dem Anleihewege beschaffen.

Eilenburg. Wegen Mißhandlung eines Chepaars wurde der Arbeiter Walter W. zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Kaufhof war im Verlauf eines Streites mit einem Weiser und einem Wasserbehälter auf die Chepaars eingedrungen und hatte ihnen erhebliche Verletzungen zugefügt.

Jetho (Südharz). Die Verletzungen des Landrats W. L. in Jetho, der der SPD angehört, und mit einer Schuldenlast von etwa 400 000 Mark belastet, werden, wie in der Presse fast aufbehalten, verurteilt. Zutreffend ist, daß das Verbalten des Landrats nicht den Anforderungen entspricht, die an einen Beamten seines Ranges gestellt werden müssen. Die angegebene Schuldenlast entspricht nicht den Tatsachen. Seine Verhaftung erfolgte in Berlin auf Veranlassung eines Gläubigers, wurde jedoch gleich wieder aufgelöst.

Magdeburg. Stadtrat Ernst Flugmayer, Präsident der Magdeburger Handwerkskammer sowie des deutschen Handwerks- und Gewerbetagungsrates, ist an Stelle des Zimmermeisters Carstens als Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates berufen worden.

Magdeburgs Notefak. — Erhöhung der Getränkesteuer.

Magdeburg. Die Verabschiedung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1931 ist vor dem 1. April nicht mehr zu erwarten. Der Magistrat legt daher den Stadtratsordnen einen Notetat vor, der den Magistrat ermächtigt, für die notwendig werdenden Ausgaben zu leisten, nämlich: Ausgaben, die auf Gehalt und Vertrag beruhen, die laufenden unauflösbaren Ausgaben für die Instandhaltung der Betriebe und der Verwaltung für jeden Monat in Höhe von 8 % der Etatansätze für 1931. Steuern, Gebühren und Abgaben werden mit den Einnahmen von 1930 erhoben, sofern die städtischen Körperschaften nicht im Sonderfalle eine Erhöhung vor dem 1. April beschlossen haben sollten. In diesem Zusammenhang beantragt der Magistrat die Erhöhung der Getränkesteuer von 5 auf 10 % nach vor dem 1. April zu beschließen.

Eisenben. Kein D. H. H. — Die Stadt Eisenben hatte um die Genehmigung nachgeschickt, das Augenlicht in ein D. H. H. umzuwandeln. Dieser Antrag ist vom Kultusminister abgelehnt worden. Welche Gründe für die Ablehnung maßgebend sind, ist noch nicht bekannt. Eine für Mittwoch nächster Woche einberufene Elternversammlung wird zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen.

Fehlbetrag trotz neuer Steuern. — Stadtratsordnungsreferent Schöle teilt in der letzten Stadtratsordnungsung mit, daß die Regierung in Merseburg der Wiederherstellung des Bezugsordnenes Flemming die Bestätigung verweigert habe. Beim Minister des Innern soll die Bestätigung der Wahl beantragt werden und die Regierung um Zustimmung über ihre Weigerung gebeten werden.

Westerregate. Eigenartige Vorgänge im Rathaus an der Westeregate in Wittenberg. Zahlreiche Diebstahle ereigneten sich, ohne daß man der Täter habhaft werden konnte. Da nur Personen als Täter in Frage kamen, die mit den Verhafteten im Rathaus genau vertraut waren, kamen verschiedene Personen in wohl unbegründeten Verdacht. Ein großer Verursacher, der jetzt hier vorgekommen wurde, scheint endlich auch Aufklärung über die damaligen Verhältnisse zu bringen. Bei der Gomez- und Privatbank in Egelshausen ein langer Mann, der eine blaue Brille trug. Er präferierte einen Scheck der Gemeindefinanz von Westeregate über 5 820 Mark. Auf telefonische Rückfrage bei der Gemeindefinanz in Westeregate erhielt der Scheckbeamte den Befehl, daß der Scheck gefälscht war. Inzwischen war aber der Unbekannte verschwunden. Die Nachforschungen ergaben, daß als Täter nur

Oberischstadt (Kr. Querfurt). Die Ruttauf vom 18. März hat jetzt ein Todesopfer geordert. Die von dem Landwirt Max Wege durch einen Kopfschlag schwer verletzte Landwirtschöcher Erna Hoff ist im halleischen Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen. Der Mörder, der die Tat wegen verächtlicher Liebe beging, und sich selbst durch einen Schuß in den Kopf schwer verletz, liegt immer noch bedeutlich im Hebraer Krankenhaus darnieder.

Die Kündigungen bei den Mitteldeutschen Stahlwerken.

Landshammer. Der völlige Mangel an Aufträgen zwingt das Eisenwerk Landshammer der Mitteldeutschen Stahlwerke zu Harten Betriebsmaßnahmen. Die Verwertung hatte bei den Wöchigen die sofortige Entlassung von 100 Arbeitern und die Genehmigung zu einer baldigen Entlassung von weiteren 500 Arbeitern nachgedacht. Bei den Verhandlungen, die deswegen in Landshammer zwischen Verwertung und Behörden geführt wurden, kam ein Kompromiß zustande, auf Grund dessen die bereits ausgesprochenen Kündigungen von 60 Arbeitern aufrechterhalten wurden, während die weiteren sofortigen Entlassungen widerrufen worden sind. Wenn allerdings neue Aufträge in absehbarer Zeit nicht einlaufen, wäre damit zu rechnen, daß umfangreiche Entlassungen in Kürze erfolgen müssen.

Ein Erbschaftsvertrag.

Mühlhausen. Die Gemeinden Borsdorf, Eigenrode, Raitershausen, GutsMuths und Wittenberg haben mit der Gewerkschaft „Einigkeit“, Hammer, einen Erbschaftsvertrag abgeschlossen. Außerdem soll sich noch eine dritte große Gesellschaft beteiligen. Der Vertrag soll Wartepflichten, Oberflächenentscheidung, Förderzinsen und Bohrerepflichtungen vorsehen. Wenn sich die Vermutungen über ausgefüllte Vorarbeiten bestätigen sollten, so muß dem Vertrag eine hohe wirtschaftliche Bedeutung für den Landratsbezirk beigemessen werden.

Verlangter Tarifvertrag.

Der Tarifvertrag für die Angestellten der Staats- und kommunalen Verwaltungen und öffentlicher Körperschaften Mitteldeutschlands vom 28. Januar 1928, der von den Arbeitnehmern genehmigt worden war, ist durch eine Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften bis zum 30. April 1931 verlängert worden.

Schlichtungsmaß für Fortbeweiler.

Die Lohnsätze für die Fortbeweiler der kommunalen Verwaltungen und öffentlicher Körperschaften Mitteldeutschlands vom 3. Januar 1931 ist durch Entscheidung des Reichsarbeitsrats für den Bereich der Fortbeweiler, der Fortbeweiler und Braumittel sowie der Provinz Sachsen mit Zustimmung der Staatsforten für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Schiedsgericht für die mitteldeutsche Landwirtschaft verbindlich.

In dem Lohnstreit in der mitteldeutschen Landwirtschaft ist der Schiedsgericht vom 12. März 1931 vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Hiermit kommt mit Wirkung vom 18. März 1931 die Gr. Entgelt- und Lohnordnung in der Landwirtschaft unter 18 Jahren um einen halben Pfennig gesenkt.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Statistikstelle zu Remberg. Nach dem Reichsbankenschein vom 14. März 1931 hat sich die gelagerte Kapitalanlage der Bank um 250,3 Millionen RM, auf 1 822,9 Millionen RM, verringert. Der Umlauf an Reichsbankenscheinen betrug sich um 176,6 Millionen RM, auf 3 986,0 Mill. RM. Die Zahlung der Noten durch Gold allein hat sich um 55,1 % der Vormerke auf 57,6 %, diejenige durch Gold und bedingungslos durch Deuten von 59,7 %, auf 62,9 %.

Die Vermögenslagen, eine Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage durch eine Geschäftsbesserung in einzelnen Wirtschaftszweigen herbeizuführen, verdienen getrenntartig besondere Beachtung. So stand die Vermögenslage im Zeichen der großen Ausdehnung des Handels, das auf seine Bedeutung in der deutschen Wirtschaft mit allem Nachdruck hinweist und für eine veränderte Ausrichtung steht. In Deutschland werden in 11,7 Millionen Handelsbetrieben etwa 3 Millionen Betriebe beschäftigt; der jährliche Gesamtumsatz beträgt etwa 20 Milliarden RM. Der deutsche Außenhandel ergibt für Februar wiederum einen Ausfuhrüberschuss und zwar in tatsächlicher Höhe von 125 Mill. RM. (Januar: ca. 110 Mill. RM.).

Nach Untersuchungen des Preussischen Statistischen Landesamtes ist die Preisveränderung im Februar zu einem gewissen Stillstand gekommen. Abgesehen von den rückgängigen Preisänderungen waren besonders Veränderungen in den Preisen für Lebensmittel und Hausbedarfsmittel kaum noch zu verzeichnen. — Die auf den Stichtag des 11. 3. 31 berechnete Großhandelsindex der Statistischen Reichsanstalt ist mit 113,9 auf 114,3 gestiegen.

Auf dem Arbeitsmarkt macht sich die fallomonatige Entspannung zwar bereits bemerkbar, jedoch ist die Stellung der Gemeinden durch die Wohlfahrtsvereinsveränderung noch im Wachsen begriffen. So ist in den Städten mit über 25 000 Einwohnern im Februar die Zahl der Wohlfahrtsvereinsmitglieder von 655 000 auf 688 000 gestiegen. — Besonders bedrückend ist auch die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen. Die Zahl der arbeitsfähigen, aber arbeitslosen Jugendlichen im Alter bis zu 12 Jahren wird für Ende Januar 1931 mit insgesamt 550 000 angegeben.

Kirchliche Nachrichten.

Remberg.

Donnerstag, den 26. März, abends 8 Uhr Bibelstunde im Archidiakonats. Zu zahlreichem Besuche ladet herzlich ein Pfarrer H. H. H.

Notte

Mittwoch, den 18. März, abends 7 1/2 Uhr in der Schule Wolfensandacht

Dienstag abends 8 Uhr Bibelstunde

im Bürgeraal.

Pfarrer Westermann-Wittenberg.

Hierzu wird herzlich eingeladen

Zum Osterfest
Für die Osterküche
empfehle
Ostereier
Osterehasen
in größter Auswahl
Ernst Wend
Bäckerei und Konditorei

Morgen Dienstag früh
grüne Heringe
frischer Schellfisch
Fischfilet
Ww. Emma Reinecke
Morgen Dienstag
von früh 1/8 Uhr an
Speckfuchen
Bäckerei und Konditorei

Dienstag früh
billiger Heefisch - Verkauf
frischer Schellfisch
Fischfilet
zum allerbilligsten Tagespreis
P. Wierhölte, Buzptstraße 36 bei
Konfirmations-Karten
empfiehlt in reicher Auswahl

Frisch eingetroffen
Grüne Heringe
Pfund 18 Pfennig
ff. Bücklinge
J. G. Glaubig
Richard Arnold

Morgen Dienstag
früh 7 Uhr
Speckfuchen
Ernst Berndt, Bäckereimeister
Poesie-Alben
empfiehlt in reicher Auswahl
Richard Arnold

Das neue Gesangbuch

für die Provinz Sachsen und Anhalt

Ausführung und Preise vom Konsistorium vorgeschrieben. in allen Preislagen wieder vorrätig bei

Richard Arnold, Buchhandl.
Leipziger Straße 64/65 und Markt 3

Die diesjährige

Versteigerung der Lämmer

findet **Dienstag, den 24. März, 10 Uhr** Stammshäuserei Buchholz statt.

Domäne Strohwalbe

Ostertüten

in neuester Auswahl

Zum Füllen der Tüten billig:

Osterhasen :: Ostereier in allen Größen
Schokoladentafeln :: Konfekt :: Bonbons
Apfelsinen Stk. 5 Pf., 2 Stk. 15 Pf., 3 Stk. 9, 10 u. 12 Pf.

Schiefertafeln — Schieferkästen — Schieferstifte

Konfirmationskarten — — Eierfarben

Feinste geröstete Kaffees

1/4 Pfund 60 Pf., 70 Pf., 80 Pf., 90 Pf. u. 1 Mark

empfehlen **J. G. Glaubig.**

Zum Oster-Markt-Sonderangebote

**Baumwollwaren - Gardinen - Balatum
Teppiche — Läufer — Fußbodenbelag**

Große Auswahl in

Frühjahrs-Mäntel und -Kleider

für Damen — Kinder

Moderne Kleiderstoffe Ulsteins sprechende Schnittmuster
Küblers Strickkleidung

J. G. Schneider Wittenberg Fernpr. 3115

Dampf-Bettfedern-Reinigung

Als Mitglied des Großeinkaufs-Verbandes Norden billigste Preise bei guten Qualitäten.

Ein Wurf Ferkel
gute blaubunte Rasse
steht zum Verkauf
Wittenberger Neumarkt 6

Eine Baustelle
zu verkaufen
Pratau, Lindenstraße 16

4 Zimmerwohnung
zum 1. April zu vermieten
Schmiedeberger Straße 20

Heu
verkauft Schmiedeberger Str. 14

Rübenferne

Eckendorfer 1. Abfaat
von 10 Pfund an 27 Pfennig
Originalfaat Caro 33 Pf.

prima deutschen
Rotklee
Luzerne
Seradella
Sommerwicke
Belgischen
Saaterbjörn
Anieling
Lobbericher Möhrensaat
Grasamen
Stetzwiebeln
**Blumen- und Gemüße-
Sämereien**
zu haben bei **Rudolf Huhn**

Eckendorfer

Riesen-Walzen (gelbe u. rote)

Blund 28 Pfennig
von 10 Pfund 27 Pfennig

Lobbericher Möhrensaat

Seradella, schles. Rotklee

Sommerwicke

Weisseribensaat

Grassamen

sowie **sämtliche**

**Gemüse- und Blumen-
Sämereien**

frisch eingetroffen bei

J. G. Glaubig.

Zur Konfirmation

blühende

Sopfpflanzen

aller Art billigst

ferner

Alle Garten-Sämereien

in bekannt guter Ware

empfiehlt

Hermann Dene, Gärtnerei

Empfehle meine prima

Lang- und

Schaftstiefel

1/4 Stiefel und

Arbeitschuhe

in allen Größen äußerst billig

Dtto Paasch,

Leipziger Straße 34

Krieger-Berein

Zur Beerdigung unseres

Kameraden **Nilschte** treten

am morgigen Dienstag, nachmittags

1/3 Uhr im Vereinslokal Hotel

Palmbaum an. Beteiligung Ehre

trache **Der Vorstand**



**Ich bin
80 Jahre alt**

und fühle mich nach Gebrauch von 2 Flaschen Ihres Knoblauchsafes sehr frisch und wohl. Der frühere starke Blutdruck ist bedeutend herabgemindert worden und auch der Druck im Kopf ist vollständig beseitigt. Ich schwöre auf Ihre Mittel und werde sie allen meinen Bekannten empfehlen.

A. Schröder, Waldegk/Mecklenburg, 25606
Nachdem ich 2 Flaschen Ihres Knoblauchsafes verbraucht habe, fühle ich mich bedeutend wohler und kann allen denen, die an Arterienverkalkung leiden, Ihren Knoblauchsaft empfehlen.
37040 Frau M. Täger, Dahlen i. Sa., Bahnhofstraße.

Heller's echter bulgarischer

Knoblauch-Saft

hat sich bei Arterienverkalkung, hohem Blutdruck, Herzleiden, Hämorrhoiden und Gallenleiden vorzüglich bewährt. Aertzlich empfohlen. 1 Flasche kostet Mk. 3.— und reicht 4-6 Wochen. Achten Sie aber darauf, dass Sie auch wirklich Heller's echten bulgarischen Knoblauchsafes bekommen und nehmen Sie nichts anderes.

In vielen Apotheken zu haben, in Kemberg bestimmt in der Apotheke Kemberg.

Dr. Zinsser & Co. G. m. b. H. Leipzig 274

36578 Anerkennungen über Zinsser-Hausmittel.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank.

Fritz Kloos und Frau
Ise geb. Jericke.

Rüchentanten

empfiehlt in reicher Auswahl
Richard Arnold

Am Sonnabend, den 21. März, starb plötzlich und unerwartet unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater

der Tischlermeister

Morik Nigschke

Veteran von 1870/71

im Alter von 82 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 3 Uhr statt.

Danksagung.

Herzlichen Dank allen denen, welche unsere liebe Mutter bei ihrem Heimgange durch Wort, Schrift und Blumen spenden und letztes Geleit ehrten. Dank auch Herrn Pastor ABmus für die Trostesworte sowie Herrn Konrektor Pade nebst Schulkindern für den erhebenden Gesang.

Otto Niendorf

im Namen aller Hinterbliebenen.

Zum Schulanfang

empfehle ich

sämtl. Schulbücher

— für die hiesige und alle Schulen der Umgegend —

ferner sämtliche

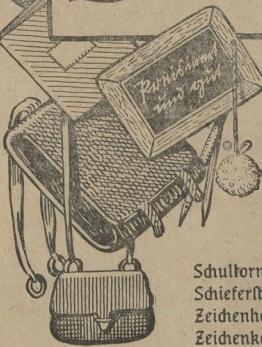
Schulbedarfs- und Zeichen-Artikel

wie

Schultornister, Aktenmappen, Frühstückstaschen, Ostertüten, Schiefertafeln, Schieferkästen, Schieferstifte, Schwämme, Federhalter, Stahlfedern, Schreibhefte, Tinte, Bleistifte, Gummi, Zeichenhefte, Zeichenblöcke, Zeichenbogen, Tuschkästen, einzelne Farben, Pinsel, Buntstifte, Zeichenkohle, Lineale, Reißschiene, Winkel, Reißbretter, Zirkelkästen, Reißzeuge u. l. w.

Richard Arnold, Buchhandlung, Kemberg, Leipziger Straße 64/65 und Markt 3

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold Kemberg — Fernsprecher Nr. 203.



Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Müsterisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt: Betriebsänderung Streich usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preisschritte über deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reklamschritte 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe und unbedingte geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Laubend, ausüßlich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme donnerstags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 36

Dienstag, den 24. März 1931

33. Jahrg

Berufsschule.

Die in diesem Jahre berufsschulpflichtig werdenden Personen werden erlucht, sich bis 30. März in der Stadtschreiberei zu melden.

Kemberg, den 23. März 1931.

Der Magistrat.

Sonnabend, den 28. März

Krammarkt.

Der vorgesehene Schweinemarkt muß infolge Viehseuchengefahr ausfallen.

Kemberg, den 17. März 1931.

Der Magistrat.

Die städtische Herberge

soll anderweit vergeben werden

Hausbesitzer, die sie aufnehmen und verwalten wollen, können sich bis 31. März beim Bürgermeister melden.

Kemberg, den 21. März 1931.

Der Magistrat.

Donnerstag, den 26. März, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.

Kemberg, den 23. März 1931

Der Magistrat

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. März.

Am Reichstag wurde heute die zweite Beratung des Wehretats beendet. Zum Marinetat nahm lediglich der Kommunist Stöcker das Wort, um u. a. zu erklären, daß es sich bei dem diesjährigen Marinetat nicht nur um die erste Rate für das Panzerschiff B, sondern um einen Plan einer ganzen Serie von Erbschiffen handele, für die die Sozialdemokraten mit ihrer Haltung die Verantwortung übernahmen. Nachdem man zunächst die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums zur Durchführung gebracht hatte, wurden die Abstimmungen über den Seeres- und Marinehaushalt vorgenommen. Zunächst gab der sozialdemokratische Abgeordnete Wels eine Erklärung

ab, um die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zur Panzerbaufrage zu begründen und bekanntzugeben, daß die Fraktion sich bei dieser Abstimmung der Stimme enthalten werde. Das Panzerschiff A sei von einer parlamentarischen Mehrheit gegen die Sozialdemokraten beschlossen worden. Die Sozialdemokratie sei auch gegen das Panzerschiff B und befände sich damit in Übereinstimmung mit Millionen deutscher Volksgenossen. alle bürgerlichen Parteien den Marineforderungen zustimmten, müßten den 220 ablehnen Sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen 357 bürgerliche Stimmen für die Erbschiffe gegenüberstehen. Durch den Auszug der 151 Abgeordneten der Rechten sei die bürgerliche Mehrheit künstlich in eine Minderheit verwandelt worden.

Man erwarfe von der Ablehnung der Bauvorhaben den Sturz der Regierung und die Berufung einer sachlichen Regierung. Dadurch gelte sich die Abstimmung über die Schiffsaufträge zu einer hochpolitischen Angelegenheit.

(Wärmende Jurze bei den Komm.) Die Sozialdemokratie wolle aber die Staatsgewalt nicht den sachlichen und terroristischen Feinden der Demokratie ausliefern. (Lärm und Lachen b. d. Komm.) Denn die Ablehnung durch die Sozialdemokratie würde nur die irrtümlichste Minderheit der Sachlichen in den Reichstag bedeuten (stürmischer Beifall b. d. Soz.). — Wärmende Rundgebunden b. Komm.) Sie werde sich deshalb der Stimme enthalten. (Stürmische b. d. Komm. — Handklopfen b. d. Soz.)

Nach der Rede des Abg. Wels hatten die Wärmeligen noch eine Zeilung an. Die Kommunisten rufen im Chor: „Nieder!“, während die Sozialdemokraten mit Beifallsstichen antworteten. Es folgt dann

Die namentliche Abstimmung

über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Reichswirtschaftsminister Groener. Der kommunistische Abg. Ulbricht, der wiederholt „Ihr Hundstörche!“ ruf, wird dabei aus dem Saale gewiesen.

Der Mißtrauensantrag wird mit 295 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Bei der Abstimmung über den Wehretats selbst wird dann eine Entschließung angenommen, wonach Angehörige des Reichsheeres und der Reichsmarine nicht als Ersatz für freitretende oder ausgesperrte Arbeiter verwendet werden sollen.

In namentlicher Abstimmung wird der kommunistische

Antrag auf Streichung des Bauplans für Erbschiffe der Reichsmarine für die Zeit bis 1936 mit 290 gegen 62 Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den angeforderten vierten Teilbetrag für das

Panzerschiff A. Die Sozialdemokraten enthalten sich dabei der Stimme. Nur einige Sozialdemokraten, u. a. der Abg. Ströbel, stimmen mit den Kommunisten gegen die Forderung. Die Rate wird mit 181 gegen 71 Stimmen 108 Enthaltungen bewilligt.

Es wird dann die namentliche Abstimmung über den angeforderten ersten Teilbetrag für das

Panzerschiff „B“ vorgenommen. Der Betrag wird mit 183 gegen 72 Stimmen bei 107 Stimmenenthaltungen bewilligt.

Dagegen stimmen die Kommunisten und einige Sozialdemokraten; etwa ein Dutzend Sozialdemokraten beteiligen sich überhaupt nicht an der Abstimmung.

Sowohl der Haushalts des Reichsheeres wie der der Reichsmarine ist damit in zweiter Beratung angenommen.



wir ohne Schwierigkeit über den 1. April hinwegkommen werden.

Wir befinden uns in der Wirtschaftskrise heute im Tal und wissen noch nicht, wann die Linie wieder nach oben gehen wird. Es wäre ein großer Fehler, wenn wir jetzt den Glauben an einen Wiederaufstieg aufgeben würden.

Von der Deutschen Volkspartei ist inzwischen eine Entschließung eingegangen, in der die Regierung erlucht wird, die Erhebung der Umsatzsteuer für eingekaufte Räume, für welche eine Umsatzsteuer bis zum 1. 1. 1929 nicht erhoben worden ist, sowie die Rechtsmittelerfahren, die sich gegen die Veranlagung der Umsatzsteuer für die Zeit nach dem 1. 1. 1929 richten, auszufehen, bis der Reichstag über die vorliegenden Änderungsanträge zum Umsatzsteuergesetz entschieden hat.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus verlag sich auf Sonnabend, 12 Uhr: Fortsetzung der Haushaltsberatung: Wenderung des Einkommensteuergesetzes.

Worte des Gedenkens von Brüning und Löbe.

Berlin, 21. März.

Der Reichstag trat um 12 Uhr zur Trauerfeierung für den verstorbenen Reichszugler a. D. Hermann Müller zusammen. An den Reichstagsmitgliedern waren Reichszugler Brüning mit den anderen Mitgliedern des Reichstagsabtritts erschienen. Die Kommunisten hatten sich nicht eingefunden. Auf dem Platz des Verstorbenen stand ein großer Strauß weißer Blumen, daneben lagen unformale Kränze.

Während die Anwesenden sich von den Plätzen erheben, hält dann Präsident Löbe die Gedenkrede.

Er erinnert daran, daß der Verstorbenen noch vor zwei Wochen im Reichstage den parlamentarischen Arbeiten nachgegangen sei. Das Bild der Verantwortlichkeit des Zeitungschreibenden und seines Lebens steht klar und rein vor jedem Auge. Er habe zu jenem engsten Kreis von Menschen gehört, denen nach der politischen Umwälzung in Deutschland ein hohes Maß von Verantwortung auf die Schultern gelegt worden sei. So wenig er nach den neuen Verträgen getrebt habe, so wenig sei er gemäß gewesen, die Verantwortung im Dienste der Volkseinheit nicht auf sich zu

nehmen Als Mitglied der ersten zentralen Körperkassen der Republik hat der Verstorbenen, wie der Präsident weiter hervorhob, seine eigenen Kräfte eingesetzt, zunächst in der Weimarer Nationalversammlung. So wurde er der Mitgeschöpfer der neuen Verfassung. Als uns das Diktat von Versailles ignomidiert wurde, fiel ihm die niederdrückende Pflicht zu, die Gegenzeichnung zu übernehmen. Er nahm diese bittere Pflicht des deutschen Außenministers auf sich und hat dafür die Schmähen getragen, die nach ihm und neben ihm mancher deutsche Außenminister hat erdulden müssen. Es blieb ihm die Genugtuung, an erster Stelle mitzuwirken bei der Räumung des Rheinlandes, bei der Erleichterung der Reparationslasten. Was Hermann Müller als Abgeordneter und Parteiführer, als Minister und als Reichszugler für unser Land und unter Volk geleistet, das ist eingetragen in das Buch der deutschen Geschichte der Nachkriegszeit. Es ist in diesen Zeiten notwendig, darauf hinzuweisen, daß er in langer Arbeit nichts erworden hat, als das Gefühl erfüllter Pflicht, wie so viele, denen über Nachfrage anderes zugeschrieben hat. Dieses Haus, das deutsche Volk, hat einen seiner treuesten Diener verloren, wie, die wir uns innerlich anerkennen und anerkennen müssen, einen guten Kameraden, einen unerfährlichen Freund, dessen Andenken bei uns nie erlischt.

Reichszugler Dr. Brüning

gedenkt im Namen der Reichsregierung des Verstorbenen in Achtung und Dankbarkeit. Das deutsche Volk, so fährt der Reichszugler fort, hat in ihm einen seiner Besten verloren. Als Mensch ein makelloser, ehrenhafter Charakter, gewissenhaft und zuverlässig, auch von seinen politischen Gegnern geachtet, als Politiker und Staatsmann in ganz jungen Jahren in den Brennpunkt der Ereignisse gerückt, war er in der Lage, sich eine politische Erfahrung zu sammeln, die ihn befähigte, in den schwersten Augenblicken der deutschen Geschichte an führender Stelle zu stehen. Als Außenminister im Jahre 1919 in den schwersten Zeiten der Nachkriegszeit und als Reichszugler im Frühjahr 1920 bei den tragischen deutschen Zerwürfissen hat er sein Bestes hingegeben. In aller Erinnerung steht seine letzte Rede als deutscher Reichszugler in den Jahren 1928 bis 1930. Unvergesslich ist uns allen seine Beterung des Reichs in den Jahren 1928 und 1929, die er mit großer Verantwortung übernommen, für den erkrankten Außenminister einzutreten, und wo er in mutigen und unverfessenen Worten das Recht Deutschlands auf Gleichheit und Sicherheit verteidigt hat. Sein Name ist auch unergesslich in die Geschichte eingegangen, weil er das schwere Opfer gebracht hat, das Diktat von Versailles, das so schwer auf unserem Volke lastet, zu unterschreiben. Er steht vor unserem Gedächtnis als ein Mann von herrlichen vorbildlichen Tugenden, und wird so in den Herzen unseres Volkes in dankbarer Erinnerung bleiben.

Zum Zeichen der Trauer wird die Sitzung auf Verlangen des Präsidenten für kurze Zeit unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird die Aussprache zum

Haushalt des Reichsfinanzministeriums

fortgesetzt.

Abg. Dr. Beth (Soz.) widerpricht der Ansicht des Ministers, daß es sich bei den Beschwerden über das politische Verhalten des Reichsfinanzministeriums nur um Einzelfälle handle. Der nächsten Zukunft könne man nur mit schwerer Sorge entgegensehen. Die Lage sei am schwerigsten für die Gemeinden, auf deren Solvenz das Reich keine Garantie vornehmen wolle. Brüning erforderte für die entsprechende Zusammenfassung der Kreisfürsorge der Gemeinden. Durch die Fügung der Überweisungen an Städte und Gemeinden sei die Arbeitslosigkeit gewaltig gestiegen worden. Der Steuerdruck laufe am stärksten auf den Rücken der Gemeinden, die die Lasten der Wirtschaft tragen, während diejenigen dauernd stagnieren, die im Besitz und auch steuerlich weit günstiger gestellt seien. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) macht den Sozialdemokraten den Vorwurf, daß sie mit der Ablehnung der kommunikativen Anträge ihre früher verkündeten Grundzüge verleugneten.

Abg. Dr. Jöres (Wirtschaftsp.) sieht in der Haushaltssteuer eines der größten Hemmnisse für eine wirtschaftliche, fortwährende Besserung unserer Gesamtwirtschaft.

Abg. Schumann-Thüringen (Komm.) begründet einen Antrag auf Senkung der Altmohnungssteuer um 20 v. H. freidensmiete und Herabsetzung der Hauszinssteuer um 20 v. H.

Damit ist die zweite Sitzung sämtlicher Haushaltspläne beendet. Die Abstimmungen über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister, und über die Steuererlässe und Steueränderungen werden auf Montag vertagt.

Angenommen wird eine Entschließung, bei Verstoß der Reichsregierung auf Fortzahlung der Polizeistellungsbesetzung für zu sorgen, daß kein Anspruch darauf an solche Länder gemacht wird, die Angehörige von Parteien, die mit oder ohne ausdrückliche Billigung ihrer obersten Führung den gewaltfamen Umsturz propagieren, in die Schutzpolizei aufnehmen oder zu Vorgelegten der Schutzpolizei machen.

Bei der Abstimmung über das Haushaltsgesetz enthält die Deutsche Volkspartei der Stimme, weil, wie Abg. Reineke (DVP) erklärt, die Entscheidung über den Spätermäßigungsantrag der Partei noch nicht gefallen sei.